



„Wieder versucht man in Europa, ein ganzes Volk zu vernichten“ Ukrainischer Präsident Selenskyj spricht zum Deutschen Bundestag

Mit einem eindringlichen Appell richtete sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in einer Videoansprache an die Bundestagsabgeordneten: „Helfen Sie unserem Land.“ Alle Welt könne sehen, dass die Ukrainer frei leben und sich nicht einem anderen Land unterwerfen wollen. In diesen Stunden und Tagen gebe es unzählige wahllose Angriffe der russischen Truppen auf Zivilisten und Soldaten. „Nach 80 Jahren versucht man in Europa, ein ganzes Volk zu vernichten.“

Selenskyj warf Deutschland vor, zu enge wirtschaftliche Kontakte zu Russland unterhalten zu haben, als sich der Angriffskrieg bereits andeutete: „Verschärfen Sie die Sanktionen und schließen Sie Russland aus dem SWIFT-System aus.“ Durch die wirtschaftliche Kooperation mit Moskau sei ein Mauer quer durch Europa gezogen worden. „Ich bitte Sie, reißen Sie diese Mauer nieder, unterstützen Sie uns.“

Dass wenige Minuten nach Selenskyjs Rede die Bundestagsitzung eröffnet und die Regierungskoalition zur Tagesordnung übergang, nahm die Unionsfraktion



Wolodymyr Selenskyj in den Plenarsaal per Video zugeschaltet
Foto: DBT/Thomas Trutschel/photothek

nicht widerspruchslos hin. „Nach diesem beeindruckenden Auftritt müssen wir uns darüber klar werden, wo wir stehen“, sagte Unionsfraktionschef Friedrich Merz. Der ukrainische Präsident habe mehr als deutliche Forderungen an die Bundesrepublik gestellt, über die in diesem Moment nicht einfach hinweggegangen werden könne. Es sei beschämend, wenn sich das oberste Parlament nach diesem verzweifelten Hilferuf ohne Aussprache lediglich den innenpolitischen Fragen widme. ■

Agrarhaushalt der Bundesregierung gibt wenig Antworten auf kommende Herausforderungen

In dieser Woche hat die SPD-geführte Bundesregierung ihren Entwurf für einen Haushaltsplan für das laufende Jahr 2022 vorgelegt, der in den kommenden Wochen im Bundestag beraten werden soll. Josef Rief, Haushälter seiner Fraktion für den Agrarhaushalt des Bundes, erklärt zum Einzelhaushalt für den Landwirtschafts- und Ernährungsbereich:

„In vielen Punkten werden die bisherigen Agrarprogramme fortgeschrieben. Allerdings werden die geplanten Kürzungen im landwirtschaftlichen Sozialbereich zu Beitragserhöhungen bei der Berufsgenossenschaft, der Alterskasse und vermutlich der Krankenkasse führen, was in der aktuellen Situation unverantwort-

lich ist. Positiv zu erwähnen ist, dass das Zukunfts- und Investitionsprogramm für die Modernisierung der Landwirtschaft fortgeführt wird. Schade ist aber, dass die Ausgaben für dieses Jahr zugunsten des kommenden Jahres verringert wurden. Bleibt zu hoffen, dass sich die versprochenen Mittel auch in der geplanten Höhe im Haushalt für 2023 wiederfinden.

Eine Erhöhung der Mittel gibt es beim Insektenschutz. Überraschend ist, dass keine weiteren Mittel für mehr Tierwohl vorgesehen sind, was weit hinter den Ankündigungen des neuen Bundeslandwirtschaftsministers zurück bleibt. Die geplanten Zuschüsse für Seite 2

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

eine CMA-Nachfolge-Agentur zur Vermarktung deutscher Agrarprodukte wurden sogar komplett gestrichen. Der Krieg in der Ukraine hat bisher keine finanzielle Berücksichtigung im Agrarhaushalt gefunden. Das

wird sich so nicht halten lassen. In den nun folgenden Haushaltsberatungen wird die Union auf die dringend notwendigen Verbesserungen und die Rücknahme der Kürzungen im Sozialbereich hinwirken.“ ■

Familienbetriebe Land und Forst

In dieser Woche sprach Josef Rief mit dem Verband der Familienbetriebe in Land- und Forstwirtschaft. Bei dem Gespräch war man sich einig, dass die Familienbetriebe als Rückgrat der deutschen Land- und Forstwirtschaft besondere Bedeutung hätten und eine funktionierende Förderkulisse für den Erhalt dieser Strukturen sehr wichtig sei. Der Verband machte auf seine Aktion „Nachhaltigkeit statt Nutzungsverbote“ aufmerksam, womit er sich gegen Pläne der EU wendet, die 10 Prozent der Land- und Meeresflächen Europas sich selbst überlassen will. Dagegen sollte statt Nutzungsverböten einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Vorzug gegeben werden. Josef Rief betonte, dass gerade im Lichte des Krieges in der Ukraine, die Multifunktionalität von Land- und Forstwirtschaft hervorgehoben werden müsse. Innovationen, Ernährungssicherung, Energieerzeugung, Biodiversität und Klimaschutz müssten zusammengedacht werden.



Fabian Wendenburg und Bianca Lwowski vom Verband Land und Forst im Berliner Abgeordnetenbüro

Der Verband vertritt über 2.000 Familienbetriebe im Land- und Forstbereich mit ca. 50.000 Familienmitgliedern, Mitarbeitern und Eigentümern beim Bund und in Europa. ■

Hilfe für Flüchtlinge, Bundeswehrfinanzierung und Steuerentlastung bei Kraftstoffpreisen

„Der Krieg in der Ukraine und das Schicksal der Flüchtlinge beschwert uns alle“, betont der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz. Es sei unerträglich, Tag für Tag die Bilder von Kriegsverbrechen zu verfolgen. Um so wichtiger sei es nun, die Hilfe für Menschen in Not besser zu organisieren und zu steuern. Daher bedürfe es eines Krisen-Koordinierungsstabes des Bundes, der Länder und der Kommunen. Der Unionsfraktionschef hob hervor, dass die Regierung nicht die Augen davor verschließen dürfe, dass manche Flüchtlinge aus der Ukraine auch in die Fänge von Menschenhändlern gerieten. „Die Registrierung dient nicht zuletzt dem Schutz der Menschen, die bei uns ankommen.“

Mit Blick auf die Pläne zur Aus- und Aufrüstung der Bundeswehr stellt Merz klare Forderungen an die Regierung: „Die Notwendigkeit einer verbesserten Aufrüstung darf nicht zum Aushebeln der Schuldenbremse führen.“ So richtig es sei, ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr einzurichten, darf es nicht nur zu einem kurzfristigen Aufstocken der Mittel kommen. „Bundeskanzler Scholz hat in sei-

ner Rede vor dem Bundestag klargestellt, die Mittel dauerhaft auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Dieser Ansatz darf aber nicht nach vier oder fünf Jahren wieder einkassiert werden.“

Auch der Erste Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander Dobrindt will die Bundesregierung an ihren Taten messen: „Für die Bundeswehr brauchen wir eine Beschaffungs-Überholspur.“ Schnellstens müsse ein entsprechendes Finanzierungsgesetz verabschiedet und der Bedarf festgestellt werden. Eine vernünftige Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten sei unerlässlich.

Hart ins Gericht geht Dobrindt zudem mit den Regierungsplänen zur Senkung der galoppierenden Spritpreise: „Wir brauchen keine Zettelwirtschaft, sondern eine schnelle und wirksame Entlastung.“ Die Unionsfraktion im Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit einer Senkung der Energie- und der Mehrwertsteuer beim Kraftstoff auf den massiven Preisanstieg zu reagieren. Im Rechenbeispiel führt der Vorschlag der Union zu einer Senkung des Spritpreises von 2,20 Euro auf 1,66 Euro, womit die Autofahrer deutlich entlastet würden. ■